

DORSTEN



Cornelia Funke Baumhaus macht weiter Theater

Verein stellt sein neues Programm vor: Auch Werner Lämmerhirt kommt Seite 2

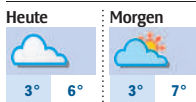
»Brüstungsgetöse«
Die Beschreibung von Stadtbaurat Holger Lohse für das Tunnelsystem um das alte Lippettor-Center, dass die Stadt für den Neubau der „Lippe-Galerie“ auf eigene Rechnung besitzigeln muss

Sieben Kosaken und ein Akkordeon

Die Maxim Kowalew Don Kosaken gastierten in der Antoniuskirche Seite 5



DAS WETTER



Grau ist und bleibt die bestimmende Farbe. Aber immerhin soll es heute meist trocken bleiben.

Polizei gelingt Schlag gegen Diebesbande

Dorsten / Kreis RE. Über einen weiteren Erfolg im Kampf gegen die organisierte Einbruchskriminalität freuen sich die Staatsanwaltschaft Bochum und Essen sowie das Polizeipräsidium RE.

Mit der Vollstreckung von vier Haftbefehlen, der Identifizierung von drei weiteren Beschuldigten und der Sicherstellung von Beweismitteln ist der Ermittlungsgruppe „Phoenix“ die Aufklärung von etwa 25 Wohnungseinbrüchen gelungen. Der Schaden beläuft sich auf etwa 35 000 €, die Tatverdächtigen sind zwischen 16 und 41 Jahren alt.

130 Beamte beteiligt

Der Zugriff erfolgte bereits in der letzten Woche in einer konzentrierten Aktion, bei der etwa 130 Beamte Häuser, Pkw und Garagen in Herten und Dorsten durchsuchten. Die Ermittler vollstreckten die durch die Staatsanwaltschaften Bochum und Essen im Vorfeld erwirkten Haftbefehle gegen vier Tatverdächtige und nahmen drei weitere vorläufig fest.

Auf die Spur der Bande kamen die Ermittler durch umfangreiche Ermittlungen nach ersten vagen Hinweisen im Herbst 2011. Die Ermittlungen führten letztlich zur Identifizierung der Bande. Der Gruppe werden mindestens 25 Einbrüche in Wohnungen in Oberhausen, Marl, Recklinghausen, Herten, Bochum, Herne, Essen und Duisburg überwiegend im Jahr 2011 zur Last gelegt. Die Tatverdächtigen agierten dabei in wechselnder Beteiligung. In ihren Vernehmungen machten die Beschuldigten keine Aussagen. Zurzeit werden die sichergestellten Beweismittel ausgewertet und geprüft, ob die Bande noch für weitere Taten in Frage kommt. Die Ermittlungen dauern an.

Die Ermittlungsgruppe Phoenix war im Oktober 2010 beim Polizeipräsidium RE ins Leben gerufen worden, um gegen regionale/ überregionale Tätergruppen vorzugehen. 2011 konnten die Ermittler bereits mehrere hundert Einbrüche klären und mehrere Dutzend Tatverdächtige identifizieren.

HEUTE IN UNSERER STADT

Qualitätsmanagement: VHS informiert

Die VHS startet im Frühjahr einen neuen Zertifikatslehrgang „Beauftragter für Qualitätsmanagement“ und informiert heute um 19 Uhr über Inhalte und Ziele des Kurses und nimmt Anmeldungen entgegen. Zielgruppe sind Angestellte aus produzierendem Gewerbe, sozialen Berufen und Dienstleistung.

Lippettor statt Soziale Stadt Hervest

Keine Fördermittel für beide Projekte. Hervest speckt rund 1 Million Euro ab, damit die Stadt ihren Teil beim Center-Neubau erbringen kann

Martin Ahlers

Dorsten. Damit die Stadt den Anteil ihrer Arbeiten für den Neubau des Lippettor-Centers finanzieren kann, werden rund eine Million Euro Städtebau-Fördermittel umgeschichtet aus der „Sozialen Stadt Hervest“. Das sei „im Gesamtprojekt verträglich“, so Stadtbaurat Holger Lohse. Der Planungsausschuss stimmte seinem Vorschlag bei drei Enthaltungen zu.

„Die Sorge um ein Ende der Sozialen Stadt ist unberechtigt“, beruhigte Stadtplaner Bernd Lehmann. Die Finanzierung zentraler Bestandteile wie Spiel- und Freiraumkonzept, Soziokulturelles Zentrum, Entwicklung des Dampfmaschinengebäudes, Hof- und Fassadenprogramm sowie Bestand des Stadtteilbüros sei über die rund 4 Mio Euro bewilligten Fördermittel aus den Jahren 2009 bis 2011 gesichert.

Auf Teilprojekte, für die in diesem Jahr Städtebau-Gelder fließen sollten, wird die Stadt mit Ausnahme von Planungskosten (rund 60 000 €) verzichten. Betroffen sind die Gestaltung von Grün- und Freizeitanlagen, der Siedlungseingänge und die barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raums.



Nicht gefährdet: Der Umbau der Maschinenhalle mit den Dampfmaschinen der ehemaligen Zeche Fürst Leopold.

Foto: WAZ

Die Bezirksregierung habe signalisiert, dass ohne Abstriche bei der Sozialen Stadt eine zusätzliche Förderung des Umbaus am Lippettor wohl nicht möglich sei, so Lohse. Gleichwohl sei nunmehr für den Center-Umbau eine Förderung

von bis zu 1,3 Mio € in Aussicht gestellt worden. „Wir müssen das jetzt hinbekommen“, warb Lohse um Zustimmung vor allem bei den Hervestpolitikern. Die Vermutung, Hervest müsse erneut zugunsten anderer

Stadtteile verzichten, will der Stadtbaurat nicht gelten lassen. Er weist drauf hin, dass insgesamt in den vergangenen Jahren rund 20 Mio Euro nach Hervest flossen. „Man soll nicht so tun, als wäre das nichts.“ Außerdem seien die

Städtebau-Gelder zuletzt nahezu halbiert worden, dennoch habe Dorsten „überproportional partizipiert“ bei der Verteilung. Lohse: „Ginge es nach der Einwohnerzahl, hätten wir gerade mal 750 000 Euro bekommen.“

STADTFINANZEN EINBRINGUNG DES HAUSHALTS IM RAT

„Unbedingter Sparwille“

Kämmer Hubert Große Ruiken nennt ernüchternde Zahlen: Haushaltsdefizit in Höhe von 32,7 Mio Euro

Martin Ahlers

Dorsten. Wenn Zahlen Angst machen können, dann diese: Die Gesamtverschuldung der Stadt beträgt 327,8 Millionen Euro. Davon entfallen 142,2 Mio € auf langfristige Verbind-

»Nicht permanent über unsere Verhältnisse leben«

lichkeiten, 182,6 Mio € auf sogenannten Kassenkredite, mit denen das laufende Geschäft finanziert wird. Den deprimierenden Kassenstand stellte Kämmerer Hubert Große Ruiken Mittwoch dem Rat vor.

Genehmigungsfähig ist das Rechenwerk nicht. Zu groß die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben: Etwa 170

Mio € wird die Stadt 2012 aus Steuern, Gebühren und Zuweisungen einnehmen, weil der Kämmerer aber mit Ausgaben in Höhe 202,9 Mio € planen muss, klappt eine Lücke in Höhe von 32,7 Mio €. Ein Defizit, das die Stadt seit Jahren fortschreibt, das letztlich dazu führt, dass rein rechnerisch etwa 4200 Euro kommunale Schulden auf jeden der 78 000 Dorstener entfallen.

„Strukturelle Unterfinanzierung“ nennen das Fachleute: Die Kommune nimmt zu wenig ein, um die ihr per Gesetz übertragenen Leistungen zu erbringen. „Ein eigenes Steueraufkommen von 29,5 Mio € deckt gerade ein Sechstel unserer Aufwendungen, das ist im Landesvergleich stark unterdurchschnittlich“, so der Kämmerer.



Kämmerer Hubert Große-Ruiken muss sparen. Foto: Franz Meinert

„Vom Grundsatz her richtig“, nennt er das Stärkungspakt-Gesetz, mit dem das Land versucht, in den nächsten Jahren wenigstens die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben zu schließen. „Wir können nicht verantworten, dass unsere Gesellschaft permanent über ihre Verhältnisse lebt und niemand den Mut hat, der Bevölkerung die Wahrheit zu sagen“, so Große-Ruiken.

Die Wahrheit lautet: Das Land gibt den 34 Stärkungspakt Städten Geld, der Bund übernimmt einen Teil der Sozialkosten, doch die Städte müssen auch selbst sparen. Fünf Millionen soll die Stadt pro Jahr bis 2016 sparen. Wie das gehen soll, wird gerade ergründet. Mit Haushaltsfachleuten der Gemeindeprüfungsanstalt werden die Kämmerer in den nächsten Wochen an die Arbeit gehen. „Die Stunde der Wahrheit schlägt im Mai“, kündigt Große-Ruiken an. Dann muss die Politik seinen Sanierungsplan beschließen.

Vorerst wurden im Haushalt per „Rasenmäher-Prinzip“ 2,5 Mio Euro gestrichen für „Sach- und Transferleistungen“. Als „Signal an die Mitarbeiter“ will der Kämmerer

das verstehen, „den unbedingten Sparwillen zu dokumentieren“. Um mehr einzunehmen, wird eine weitere Erhöhung der Abgaben wohl unvermeidlich sein. 100 Punkte bei der Grundsteuer B (jetzt bei 500 % in Dorsten) bringen pro

»Kürzungen sind auch ein Signal an die Mitarbeiter«

Jahr 2,2 Mio. Selm ist jetzt vorgeschrieben mit einer Erhöhung auf 825 %. Von Immobilien wird sich die Stadt verabschieden. Besonders im Blick angesichts sinkender Kinderzahlen: Die Schulgebäude.

ONLINE Die Rede des Kämmerers mit Tabellen und Grafiken www.DerWesten.de/Dorsten

KOMMENTAR

Der Griff in die Tasche der Bürger

Martin Ahlers

Seit der Euro-Krise sollte auch der letzte begriffen haben: Auch Staaten, Ländern und Städte können pleitegehen. Es wäre deshalb ebenso naiv wie fahrlässig, dem Wachsen des Schuldenberges weiter zuzusehen.

Das Haushaltsnot bei den Bürgern noch nicht angekommen ist – eine zutreffende Feststellung. Aber so lange Bäder, Schulen und das Rathaus öffnen, die Busse fahren und die Straßenlaternen brennen, spüren die Dorstener die Folgen vor allem an den Stoßdämpfern ihrer Autos, die über marode Straßen rumpeln.

Das wird, das muss sich ändern. Weil die Stadt sich (Schul-)Gebäuden trennen muss, Angebote kürzt, bei (Sozial-)Leistungen genauer hinschaut. Nur so sind Verbesserungen auf der Ausgabenseite zu erzielen.

Auch bei den Einnahmen muss der Kämmerer Verbesserungen erzielen. Dazu muss er den Bürgern in die Tasche greifen. Steuern zu erhöhen, ist der einfachste Weg. Im kommunalen Bereich geht das über die Grundsteuer B. Sie trifft alle und bringt viel.

Die Gemeinde Selm hat mit einer Erhöhung auf 825 Punkte ein Zeichen gesetzt. Damit gleichziehen, würde für Dorsten eine Steigerung um 50 Prozent bedeuten. Dass es 7,15 Mio Euro pro Jahr bringen würde, hat der Kämmerer dem Rat gestern schon vorgerechnet.

„Werben für die Wende zum Weniger“

Bürgermeister fürchtet Empörung bei den Bürgern. Betriebsbedingte Kündigungen in der Verwaltung schließt er nicht aus

Martin Ahlers

Dorsten. Die drohende Überschuldung der Stadt in Verbindung mit dem Stärkungspakt-

»Krise ist weit weg von der Realität der Bürger«

gesetz der Landesregierung werde dazu führen, „dass wir Undenkbare denkbar machen und Ungeahntes möglich machen müssen“, sagte Bürger-

meister Lambert Lütkenhorst in seiner Haushaltsrede. Dabei gelte es, „den Menschen zu sagen, was wahr ist“. Die Folgen der Haushaltskrise „sind weit weg von der Lebensrealität der Bürger“, weil „Wahrheiten aus Angst vor dem Liebesentzug der Wähler nicht ausgesprochen wurden“.

Der Bürgermeister war im Rat dafür, bei den Dorstenern um eine „Wende zum Weniger“ zu werben. Für die Haushaltssanierung werde die Politik „Empörung ernten, Bürger



Bürgermeister Lambert Lütkenhorst. Foto: Franz Meinert

werden sich abwenden. Doch damit werden wir leben müssen.“ Dass Landespolitiker versuchten, die Folgen des von

ihnen verabschiedeten Gesetzes zu verwässern, nennt Lütkenhorst „skandalös“. „Das Gesetz wird wegeschpült.“

Bei der Suche nach Sparpotenzial werde es keine Tabus geben, kündigte er an, nennt konkret die Bereiche Schulen, Sport, Bäder und Feuerwehr. Die Musikschule werde schon in diesem Jahr „als Gast“ ins Gymnasium Petrinum umziehen. „Zu reden sein“ werde bei der Schließung von Einrichtungen auch „über betriebsbedingte Kündi-

gungen, die wir bisher als undenkbar zurückgewiesen haben.“

Kritisch werde sich die Stadt mit den Sparbemühungen des Kreises auseinandersetzen, kündigt der Bürgermeister an. Das dazu geplante Umlagegesetz des Landes nennt er „absolut unzureichend“. Allerdings, so Lambert Lütkenhorst, gelte es auch den Menschen zu vermitteln, „dass man mit Selbsteinschränkung in unserer Stadt gut und glücklich leben kann.“